

# Thüringen muss Studenten locken

## RCDS: Vorzüge zu wenig bekannt

■ Von Hartmut Kaczmarek

**Erfurt/Weimar.** (tlz) Wenn Michael Hose mit Kommilitonen aus anderen Bundesländern ins Gespräch kommt, gerät er ins Schwärmen. Denn dann berichtet er von den Hörsälen, die nicht überfüllt sind, von den hervorragenden Lebensbedingungen, den noch immer im Vergleich zu westdeutschen Uni-Städten günstigen Mieten, von dem kulturellen Angebot im Freistaat und von der verkehrsgünstigen Lage. „Hier ist an vielen Stellen noch ein richtig familiäres Studium möglich“, so Hose.

Der Landesvorsitzende des Rings Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) merkt dann aber ganz schnell, dass die Vorzüge eines Studiums in Thüringen den meisten überhaupt nicht bekannt sind. Das belegen auch die Zahlen: Nur 20 Prozent der Studenten an den Thüringer Unis stammen aus den alten Bundesländern. Deshalb findet es Hose gut, dass die ostdeutschen Unis jetzt in einer konzertierten Werbeaktion ihre Vorzüge auch im Westen bekannter machen wollen. In den nächsten Jah-



Den Campus Thüringen stärken: RCDS-Landeschef Michael Hose. Foto: tlz/Michaelis

ren gibt es ein demografisches Problem: Während in den neuen Ländern die Zahl der Abiturienten drastisch zurückgehen wird, steigt die Zahl der Studienanfänger im Westen. Ziel muss es sein, einen Teil davon in die neuen Länder zu locken, so Hose. Deshalb wendet er sich energisch gegen Überlegungen, Kapazitäten an den Universitäten abzubauen. Im Gegenteil: Man sollte alles tun, die Qualität beizubehalten oder zu steigern.

Thüringen hat noch einen anderen enormen Wettbewerbsvorteil: Im Freistaat werden keine Studiengebühren erhoben. Und das, so Hose, wird auch auf absehbare Zeit so bleiben. Er beruft sich hier auf entsprechende Zusicherungen von CDU-Ministerpräsident Dieter Althaus.

Der Studienstandort Thüringen kann aus seiner Sicht aber noch attraktiver gemacht werden. Beispielsweise durch ein Campus-Thüringen-Ticket. Damit könnte man dann mit dem Studentenausweis günstig im ganzen Freistaat unterwegs sein. Immerhin hat der Thüringer Landtag die Landesregierung beauftragt, dem Projekt unterstützend zur Seite zu stehen. Überhaupt würde Hose Wert darauf legen, dass die Marke „Campus Thüringen“ noch besser ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt wird. „Die Hochschulen müssen sich stärker dazu bekennen.“

! Der RCDS-Landesverband veranstaltet am Donnerstag, 3. April, seinen ersten Jahresempfang zugunsten des Kinderhospizes Mitteldeutschland. Es wird kein Eintritt erhoben, alle Gewinne aus dem Essens- und Getränkeverkauf fließen dem Projekt Kinderhospiz zu. Beginn: 18.30 Uhr in der Aula der Verwaltungsfachhochschule in Gotha, Bahnhofstraße.

## Stipendium soll Studenten im Land halten

**Weimar/Erfurt.** (tlz/mar) Mit einem Thüringen-Stipendium sollen Studenten nach Abschluss ihres Studiums im Freistaat gehalten werden. Der Ring Christlicher Demokratischer Studenten (RCDS) favorisiert ein derartiges Modell, um den sich abzeichnenden Fachkräftemangel im Freistaat zu bekämpfen. Darüber steht die Organisation nach Angaben ihres Landesvorsitzenden Michael Hose in intensivem Kontakt mit dem Kultusministerium. Dort habe man sich für ein solches Vorhaben offen gezeigt, erklärte Hose in einem TLZ-Gespräch. Bedingung für die Gewährung eines solchen Stipendiums wäre die Verpflichtung, sich nach Ende der Studienzeit für eine gewisse Zeit im Freistaat niederzulassen, so Hose.

Landesspiegel

## NAMEN UND NACHRICHTEN

### Kinderhospiz steht im Mittelpunkt des Jahresempfangs

**Gotha.** (tlz) Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) will zusammen mit Studenten der Gothaer Verwaltungsfachhochschule ein Zeichen für das in Tambach-Dietmarz entstehende Kinderhospiz setzen. Aus diesem Grund veranstalten sie heute Abend einen Jahresempfang in der Verwaltungsfachhochschule. Der Erlös des Abends geht an den Trägerverein der Ein-

richtung. Die Verwaltungsfachhochschule arbeitet schon seit Jahren mit dem Verein Stiftung Kinderhospiz zusammen. Daran möchte der RCDS anknüpfen. Im Laufe des Abends wird Willibald Böck als Vorsitzender des Freundeskreises das Projekt vorstellen. Für musikalische Unterhaltung sorgen der Gothaer Kinderchor und das Polizeiorchester Thüringen.

## Jahresempfang der Studenten

### Initiative für das Kinderhospiz

**Gotha/Tambach-D.** (tlz) Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) setzt zusammen mit den Studenten der Gothaer Verwaltungsfachhochschule ein Zeichen für das in Tambach-Dietmarz entstehende Kinderhospiz.

Gemeinsam veranstalten sie am Donnerstag, 3. April, einen Jahresempfang in der Gothaer Verwaltungsfachhochschule. Der Erlös des Abends geht an den Trägerverein der Einrichtung. Die Verwaltungsfachhochschule arbeitet schon seit Jahren mit dem Verein Stiftung Kinderhospiz zusammen. Daran möchte der RCDS anknüpfen, sagt der Gothaer Studenten-

vertreter und örtliche Vorsitzende Andreas Bühl. Der Empfang für die Gemeinde der Fachhochschule, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft Gothas bietet dazu Gelegenheit. Im Laufe des Abends wird Willibald Böck als Vorsitzender des Freundeskreises das Projekt vorstellen. Für musikalische Unterhaltung sorgen der Gothaer Kinderchor und das Polizeiorchester Thüringen. Der Eintritt ist frei, der Erlös der Gastronomie geht ans Hospiz.



Donnerstag, 3. April, ab 19 Uhr. Anmeldung unter [anmeldung@rcds-thueringen.de](mailto:anmeldung@rcds-thueringen.de) bis 26. März

# Verantwortung sozialer Art

## RSCD spendet 500 Euro für Kinderhospiz

**Gotha.** (tlz/lys) Bei zukünftigen Mitarbeitern des Öffentlichen Dienstes hält es Andreas Bühl vom Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) Gotha für selbstverständlich, soziale Verantwortung zu übernehmen. Und sie ließen ihn auch nicht im Stich: Die Idee einen Jahresempfang des RCDS Thüringen und der Studenten der Verwaltungsfachhochschule zugunsten des Kinderhospizes in Tambach-Dietharz und unter dem Motto „Gemeinsam. Helfen. Feiern.“ zu veranstalten habe schnell viele Unterstützer gewinnen können, sagte er zur Eröffnung der Veranstaltung am Donnerstagabend in der Aula des Bildungszentrums der Verwaltungsfachhochschule.

Über die große positive Resonanz bei Studenten, Dozenten und auch Gästen waren die Organisatoren sehr erfreut. Immerhin hatte es zum ersten Mal einen solchen Jahresempfang gegeben. 200 Euro konnten die Studenten Willibald Böck als Präsidenten des Freundeskreises Kinderhospiz Mitteldeutschland direkt

überreichen. Das Geld stammte aus einer Sammlung bei den Studenten im Vorfeld. Der Erlös von Getränken und Speisen zu studentenfreundlichen Preisen macht noch einmal rund 300 Euro aus, die der Stiftung überwiesen werden.

Die Festgäste erlebten ein Rahmenprogramm mit dem Thüringer Polizeiorchester, dem Gothaer Kinderchor und dem Gothaer-Unplugged-Trio. Über Ziele und Stand der Planungen für die „Herberge des Lebens“ informierte Böck und zeigte auch einen Film der Stiftung. Die CDU-Landtagsabgeordnete Evelin Groß unterstrich in ihrer Rede, wie wichtig es sei, dass sich junge Menschen in die Politik einmischen. Sie gab außerdem bekannt, noch am Abend des Empfangs Mitglied des Freundeskreises für das Kinderhospiz zu werden.

Der Abend wurde auch dazu genutzt, um noch einmal auf den Indoor-Outdoor-Benefizlauf in der Polizeidirektion am Sonntag, 13. April, aufmerksam zu machen. Bisher sind mehr als 70 Teams gemeldet.



Musikalisch halfen das Thüringer Polizeiorchester, der Gothaer Kinderchor und das Gothaer-Unplugged-Trio. Foto: Werner

## 500 Euro fürs Kinderhospiz

**Gotha.** (tlz) Mit dem „Dreisatz Gemeinsam. Helfen. Feiern.“ war der Jahresempfang des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) und der Studenten der Verwaltungsfachhochschule Thüringen zugunsten des Kinderhospizes in Tambach-Dietharz überschrieben. 500 Euro sind zusammengekommen, die die Stiftung Kinderhospiz für die Herberge des Lebens verwendet

# Campus-Thüringen-Ticket

## Verhandlungen mit der Bahn sollen beginnen

Erfurt (OTZ). Die Gespräche über ein Campus-Thüringen-Ticket haben begonnen. Das teilte gestern der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) Thüringen mit.

Mit Vertretern der Jungen Union (JU) habe man sich mit Verkehrsminister Andreas Trautvetter (CDU) und Dr. Ralf Schmidt-Röh getroffen. Der Geschäftsführer des Studentenwerkes unterstütze die Initiative. Der hochschulpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag, Jörg

Schwäblein, wird mit den Worten zitiert: „Durch ein Campus-Thüringen-Ticket werden die Hochschulen besser vernetzt und die Attraktivität des Hochschulstandortes Thüringen steigt.“

Bislang haben nach Angaben des RCDS über 1000 Studenten die Forderung nach dem Campus-Thüringen-Ticket unterstützt. Nächster Schritt seien Verhandlungen mit der Deutschen Bahn, sagten die Landeschefs des RCDS und der JU, Michael Hose und Mario Voigt.

# Semesterticket für ganz Thüringen

Ab Sommer 2009 für alle Studierenden in allen Zügen der DB Regio in der 2. Klasse

Leipzig (OTZ). Ab dem Sommersemester 2009 soll das „Semesterticket Thüringen“ in allen Zügen der DB Regio thüringenweit in der 2. Klasse gültig sein. Darauf haben sich die Deutsche Bahn AG, Vertreter der Konferenz Thüringer Studierendenschaften und das

Studentenwerk Thüringen geeinigt. Bisher war die Nutzung des Semestertickets auf ausgewählte Strecken beschränkt und an den sechs Hochschulstandorten unterschiedlich.

Mit einem einmaligen Beitrag kön-

nen alle Studierenden pro Semester das Thüringer Streckennetz der DB Regio sechs Monate lang nutzen. Für Studenten in Erfurt, Jena und Weimar soll das Ticket 44,90 Euro, für jene in Ilmenau, Eisenach, Gera, Nord-

hausen und Schmalkalden 24,90 Euro kosten. Nun müssen die Studierendenschaften der Hochschulen entscheiden, ob das Ticket eingeführt wird.

Um nach erfolgreichem Studienabschluss die Möglichkeit einer preiswerten Mobilität für Existenzaufbau sowie Arbeits-

und Wohnungssuche zu ermöglichen, gibt es für Absolventen einmalig für sechs Monate das optionale „Semesterticket Thüringen plus“. Für die Standorte Erfurt, Jena, Weimar kostet es 89,80 Euro, für Ilmenau, Eisenach, Gera, Nordhausen, Schmalkalden 49,80 Euro.

Paris (AFP). Moskau ist und bleibt die teuerste Stadt der Welt.

In der am Donnerstag vom britischen Beratungsunternehmen Mercer Human Resources veröffentlichten Rangliste, die sich auf die Lebenshaltungskosten für zugezogene Ausländer bezieht, belegte die russische Hauptstadt im dritten Jahr in Folge den ersten Rang. Teuerste deutsche Stadt ist der Liste zufolge München auf Platz 37, direkt gefolgt von Berlin. New York erreicht Platz 22.



OTZ, 25.09.08, S.1

Ostthüringer Zeitung (OTZ),  
26.07.08 / Thüringen

## Kritik am neuen Semesterticket

Jena (OTZ). Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) kritisiert den Semesterticket-Abschluss für Studenten.

Die Konferenz Thüringer Studierendenschaften habe es durch einen „nachlässigen Verhandlungsstil zu diesem unbefriedigenden Ergebnis“ kommen lassen, sagte der RCDS-Landeschef Thomas Hindelang. Studenten aus Jena, Weimar und Erfurt sollen ab Sommersemester 2009 mit dem Ticket die Bahn in ganz Thüringen nutzen können. Der RCDS fordert Nachverhandlungen, um den Preis von 44,90 Euro auf 40 Euro zu drücken.

# Klebeffekt

Mit einem Leistungsstipendium sollen Top-Studenten in Thüringen gehalten werden

Von OTZ-Redakteur  
Frank Kalla

Mit einem Leistungsstipendium will die hochschulpolitische Vereinigung Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) Thüringen Top-Studenten im Freistaat halten und so einen Beitrag zur Sicherung von Fachkräften für die Wirtschaft leisten.

„Leistung sollte sich eigentlich lohnen“, sagt RCDS-Landeschef Thomas Hindelang, der schon mal die Idee Anfang April Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus (CDU) vortrug. Insgesamt 500 Studenten aus dem ingenieurtechnischen Bereich, so schwebt es der CDU-nahen Studentenvereinigung vor, sollten ab dem dritten Semester in den Genuss



Kämpfen für die Einführung eines Thüringer Leistungsstipendiums: RCDS-Landeschef Thomas Hindelang (links) und Sprecher Andreas Bühl. (Foto: OTZ/Frank Kalla)

von einem monatlichen Stipendium in Höhe von 600 Euro kommen. Voraussetzung: Die

Bewerber müssen einen Notendurchschnitt von mindestens 2,3 vorweisen können und sich

verpflichten, zwei bis drei Jahre lang nach ihrem Abschluss in einem Thüringer Unternehmen zu arbeiten. „Wer das nicht will, zahlt die rund 18 000 Euro eben dann zurück“, ergänzt RCDS-Sprecher Andreas Bühl.

Finanziert werden soll das Leistungsstipendium vom Freistaat und den Unternehmen. „Ein Drittel, also rund 1,2 Millionen Euro, trägt das Land, die restlichen zwei Drittel die Unternehmerschaft“, sagt Hindelang. Das Stipendium könnte insbesondere für heimatverbundene, hochbegabte Studenten interessant sein.

Heute will man gemeinsam mit der Jungen Union erstmals die Pläne den Jenaer Studenten ab 11 Uhr auf dem Uni-Campus vorstellen. **Kommentar**

OTZ, 05.06.08

OST-THÜRINGER-ZEITUNG

vorstellen.

Kommentar

## **Weitblick gezeigt**

*Sicherlich: Auch ein Thüringer Leistungsstipendium – vorausgesetzt Politik und Unternehmerschaft setzen die Idee um – würde den Mangel an hochqualifizierten Fachkräften, die die Wirtschaft im Lande braucht, nur mildern.*

*Denn nach wie vor ist es ja so, dass die Thüringer Unternehmen in der Gunst der besten Absolventen nicht sonderlich begehrt sind. Schwergewichte wie die Autobauer VW oder BMW, Chemieriesen wie BASF oder Versicherungskonzerne wie die Allianz können mit Traumgehältern in aller Regel die Söhne abschöpfen. Auch gegen*

*eine Jenoptik kommen die kleineren Firmen im Freistaat im Kampf um Top-Studenten nur schwerlich an.*

*Das Konzept der Studentenvereinigung RCDS könnte die Situation nicht nur entspannen, sondern bietet völlig neue Ansätze, gute Leute im Freistaat zu halten. Parallel zum Stipendium schwebt dem RCDS eine ideelle Förderung der Leistungselite vor. Der soll in Gesprächskreisen mit hochrangigen Leuten auch der Blick auf die Vorteile des Landes aufgezeigt werden. Es ist eine schlichte Rechnung: Wer Förderung erfährt und sich wohlfühlt, der bleibt im Land. Verwunderlich nur, dass Studenten und nicht die Politiker diesen Weitblick zeigen. F.K.*

# Thüringen bleibt weiter ohne Studiengebühren

Linke will noch mehr Entlastung für den Nachwuchs – JU favorisiert Bürgergeld

■ Von Elmar Otto

**Erfurt.** (tlz) Für Susanne Hennig ist die Entscheidung aus Hessen ein „Sieg der studentischen Protestbewegung“. Immerhin waren die angehenden Akademiker vor anderthalb Jahren gemeinsam mit Gewerkschaften, Parteien und Organisationen sowie sozialen Bewegungen monatelang gegen die Einführung der Studiengebühren auf die Straßen gegangen, nachdem die dortige Landesregierung beschlossen hatte, dass 500 Euro pro Semester berappt werden müssen.

Hennig, Sprecherin für Studierendenpolitik der Linksfraktion im Thüringer Landtag, begrüßt die Abschaffung der Gebühr im Nachbarland durch die Mehrheit aus SPD, Grünen und Linken, die

sich im Wiesbadener Landtag gegen die geschäftsführende CDU-Regierung sowie die FDP durchgesetzt haben. Die kostenfreie Bildung von der Kindertagesstätte bis zur Hochschule sei eine gesellschaftliche Notwendigkeit, ist die Abgeordnete überzeugt. „Die Entscheidung des Hessischen Landtags ist daher richtig, um den Trend der Ökonomisierung von Bildung endlich zu stoppen und wieder umzukehren.“

Einen anderen Weg, um das Portemonnaie des in der Regel chronisch klammen Nachwuchses aufzufüllen, schlägt die CDU-Jugendorganisation vor. „Das Bürgergeld bietet für Studenten riesige Vorteile. Mit 800 Euro im Monat für jeden sind die Studenten finanziell abgesichert. Schließlich sollten die Fä-

higsten und nicht nur die Reichsten studieren können,“ sagt Mario Voigt, Landesvorsitzender der Jungen Union (JU) Thüringen.

Gemeinsam mit dem Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) will die JU an den Thüringer Hochschulen jetzt für Bürgergeld, Campus-Thüringen-Ticket und Thüringen-Stipendium (siehe Beitrag unten) werben. Zehn verschiedene Standorte stehen auf dem Routenplan. Die Tour startet heute an der Uni Jena und endet am 19. Juni an der Technischen Universität Ilmenau.

Linksfraktionärin Hennig betont unterdessen wie unsozial Studiengebühren jeder Art sind. „In Thüringen müssen wir nun dafür sorgen“, fordert sie, „dass endlich auch die Verwaltungskosten-

beiträge und die Langzeitstudiengebühren fallen.“

Doch damit jedoch dürfte Hennig bei der Landesregierung auf Granit stoßen. Zwar teilt Kultusministeriumssprecher Detlef Baer auf TLZ-Anfrage mit: „Studiengebühren gibt es nicht und wird es auch unter einer CDU-geführten Landesregierung in der kommenden Legislatur nicht geben.“ Langzeitstudenten jedoch sollen weiter kräftig zur Kassen gebeten werden. 500 Euro sind pro Semester – bei Überschreitung der Regelstudienzeit um mehr als vier Semester – fällig.

Und wie sieht es mit dem JU-Vorstoß zum Bürgergeld aus? „Das haben wir als Kultusministerium nicht zu entscheiden.“ Schließlich stamme die Idee vom Ministerpräsidenten höchstpersönlich.

*Thüringische Landeszeitung, 05.06.08*



# Machen wir's den Sachsen nach

Thüringen-Stipendium soll leistungsstarke Studenten an den Freistaat binden

**Erfurt.** (tlz/mar) Machen wir's den Sachsen nach. Das fordert der Ring Christlich Demokratischer Studenten in Thüringen und meint damit das jetzt frisch aufgelegte Förderprogramm für Medizinstudenten im benachbarten Freistaat. Aber mit einer bloßen Kopie der sächsischen Vorschriften will man es in Thüringen nicht bewenden lassen. Vielmehr soll das so genannte „Thüringen-Stipendium“ auch auf natur- und ingenieurwissenschaftliche Studiengänge ausgedehnt werden.

Im Rahmen der sächsi-

schen Lösung sollen bis zu 150 Medizinstudenten eine Förderung von bis zu 500 Euro erhalten, wenn sie sich bereit erklären, nach ihrem Studium vier Jahre als Hausarzt in Sachsen zu arbeiten. Finanziert wird dieses Stipendium durch das Land und die Krankenkassen. Die maximale Förderung beträgt acht Semester.

Das RCDS-Projekt für Thüringen greift noch weiter, so Thomas Hindelang, der Landesvorsitzende der Studentenorganisation. 500 leistungsstarke Studenten sollen über einen durchschnittli-

chen Zeitraum von fünf Semestern eine Förderung von 600 Euro je Monat erhalten. Voraussetzung: Sie müssen ihre Praktika bei Thüringer Unternehmen absolvieren und nach ihrem Studium einige Jahre in Thüringen arbeiten. Die Finanzierung soll dabei durch die Thüringer Wirtschaft und durch den Freistaat erfolgen. Bei der Förderung von angehenden Medizinern solle sich Thüringen an dem sächsischen Modell orientieren, so Hindelang.

Hintergrund des Vorstoßes ist der sich abzeichnende Fachkräftemangel, der in ers-

ter Linie die natur- und ingenieurwissenschaftlichen Bereiche treffen würde. Viele Firmen klagen schon heute über zu wenig oder zu schlecht ausgebildete Fachkräfte.

„Wir können unseren Fachkräftebedarf auf breiter Front nur durch ein Stipendiensystem und ein ideelles Förderprogramm auf Dauer sichern“, so Hindelang. Der RCDS ist bei seinen Gesprächen mit der Landesregierung auf offene Ohren gestoßen. Geplant ist jetzt eine Runde aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Studenten.

*Thüringische Landeszeitung, 05. 06 08*

## **Mit Stipendium vorsorgen**

**Erfurt.** (tlz) Das Kultusministerium steht einem Thüringen-Stipendium für leistungsorientierte Studenten offen gegenüber. Einen Vorschlag hatte der RCDS Thüringen unterbreitet. Sachsen hat ähnliches wegen Ärztemangels beschlossen. **Landesspiegel**

# Thüringen hat bundesweit die ältesten Ärzte

## Strategien gegen Medizinerangel

■ Von Hartmut Kaczmarek

**Weimar.** (tlz) Der Festumzug in dem kleinen Thüringer Dorf ist Christine Lieberknecht in Erinnerung geblieben. Mitten zwischen den Bildern zur Dorfgeschichte radelte die alte Gemeindegemeinschaft durch die Straßen. Und die Umstehenden sagten: „Das war doch eine gute Lösung.“ Lieberknecht erzählt diese Geschichte bei einem Forum von Techniker-Krankenkasse und Uni-Klinikum Jena. Dort wurden Strategien gegen den Ärztemangel gesucht. Lieberknecht zeigt sich offen gegenüber der Idee, künftig wieder Gemeindegemeinschaften in Thüringen einzusetzen, jene Gemeindegemeinschaften, denen die Kult-Serie „Schwester Agnes“ im DDR-Fernsehen ein TV-Denkmal gesetzt hat.

In allen anderen neuen Bundesländern funktioniert das Modell vorzüglich. Professor Wolfgang Hoffmann von der Universität Greifswald ist einer der geistigen Väter dieser Idee, mit der Hausärzte in ländlich strukturierten Gebieten entlastet werden sollen. Im flächendeckenden Versorgungsnetz von Hausärzten werden bald auch in Thüringen große Löcher klaffen. Schon jetzt fehlen 150 Hausärzte im Freistaat, an den Kliniken sind es noch einmal so viel. Und die Zahl der Ärztinnen und Ärzte, die in den nächsten Jahren ihre Praxis aufgeben, wird dramatisch steigen. Mit einem Anteil von 34,1 Prozent hat Thüringen bundesweit die höchste Quote an Ärzten, die älter als 60 Jahre sind.

1400 Patienten sind bislang in die Modellprojekte eingebunden, bei denen Thüringen zwar konzeptionell mitgewirkt hat. Bisher war aber im Gesundheitsministerium mehr als ein gewisser Vorbehalt gegenüber dieser neuen Idee, die eigentlich ja eine alte ist, spürbar. 300 unterschiedliche Tätigkeiten haben die Hausärzte bisher an die Gemeindegemeinschaften de-

legiert. Die Hälfte davon betrifft die Erhebung diagnostischer Parameter wie beispielsweise Bluthochdruck oder Blutzuckerwerte. 35 Prozent ihrer Tätigkeit verwenden die Schwestern auf die standardisierte Beurteilung des Gesundheitszustandes des Patienten und 15 Prozent auf medizinische Tätigkeiten wie Blutentnahme oder Injektionen. Die Schwestern sollen dabei den Arzt nicht ersetzen, sondern ihn lediglich entlasten.

### ■ „Agnes“ kann entlasten

Klar ist auch, Agnes kann zwar entlasten, ist aber kein Allheilmittel zur Behebung des drohenden Ärztemangels. Dazu müssen eine Vielzahl von Maßnahmen greifen, über Medizinische Versorgungszentren bis zu einer stärkeren Einbeziehung von Krankenhäusern in die ambulante Behandlung.

Und dazu gehören auch finanzielle Anreize, beispielsweise über ein Thüringen-Stipendium. Damit soll angehenden Ärzten während des Studiums geholfen werden. Dafür verpflichten sie sich, nach Ende der Ausbildung vier oder fünf Jahre in Thüringen zu praktizieren. Der RCDS hat dieses Konzept entwickelt, Michael Hose, der frühere Landesvorsitzende, stellte es bei der Tagung vor.

Ob das allerdings hilft? Nicht immer, wie eine Umfrage des Medizinstudenten Tobias Schornsheim unter Kommilitonen in Jena ergab. Die Demografie, mangelnde Berufsaussichten für den Partner oder auch Klagen über Kinderbetreuung sind danach die Hauptgründe für angehende Mediziner, sich gegen Thüringen zu entscheiden. In vielen Fällen kann man da abhelfen. In einem Fall aber nicht. Da antwortete ein Student auf die Frage, warum er Thüringen den Rücken kehren wolle: „Hier gibt es zu viel Wald.“



Befragte angehende Mediziner an der Uni Jena: Tobias Schornsheim.



Entwickelte Thüringen-Stipendium: Michael Hose.  
Fotos (2): tlz/Peter Michaelis

Ostthüringer Zeitung (OTZ),  
02.07.03, Thüringen

OTZ

## Neuer Boykott gegen Kostenbeitrag an Unis

Studentenschaft dafür – RCDS dagegen

Jena (OTZ/F.K.). In Thüringen bahnt sich ein neuerlicher Boykott von Studierenden gegen den Verwaltungskostenbeitrag an Thüringer Hochschulen an.

Die Konferenz Thüringer Studentenschaft (KTS) habe beschlossen, einen von den Studierendenschaften initiierten Boykott zu unterstützen, sagte gestern KTS-Sprecher Benjamin Heinrichs auf Anfrage. „Ob die Studierendenschaften das machen, liegt aber an ihnen selbst“. Heinrichs verwies darauf, dass nach dem Urteil des Verwal-

tungsgerichtes Weimar kein Student wegen eines Boykotts exmatrikuliert werden dürfe.

Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) sprach sich unterdessen gegen einen neuerlichen Boykott aus. Es sei inakzeptabel, dass die KTS Studenten zum rechtswidrigen Verhalten auffordere, sagte gestern RCDS-Landeschef Thomas Hindelang. Die Uni Erfurt und die Fachhochschule Nordhausen würden sich nicht beteiligen.

In Thüringen gibt es insgesamt neun Studierendenschaften.



## Ex und Flopp

Nach 18 Jahren Landtags-erfahrung sollte die CDU die Regeln kennen. Gesetze, so lautet eine davon, müssen in erster und zweiter Lesung beraten werden. Eine Regel „Die CDU darf alles“ gibt es dagegen nicht.

Das hat die frühere Fraktionschefin Christine Lieberknecht ihren Pappenheimern immer und immer wieder zu erklären versucht, schon als sie Landtagspräsidentin war. Ohne, wie es jetzt aussieht, mit der nötigen Nachhaltigkeit im Ergebnis. Und ihr Nachfolger Mike Mohring merkt mal wieder nicht, dass Taschenspielertricks ganz schlecht ankommen beim Publikum.

Allerdings lassen sie tief blicken auf die Wut, die machtausübende Unionisten ergriffen hat angesichts eines gewissen Verwaltungsurteils. Offenbar kann es der CDU gar nicht schnell genug damit gehen, das Nichtbezahlen der Thüringer Studiengebühr light zu bestrafen. Und zwar exemplarisch mit Exmatrikulation. Wo leben wir denn!

Aufmüppiges linkes Revolutionsluzzertum an Hochschulen, da weiß man doch, wo sowas hinführt. Dagegen hilft nur Härte. Oder ein Sieg des Rings christlicher Studenten bei den Wahlen der Studentenräte. Die sind ganz lieb zur Landesregierung.

-pa-

OTZ, 12.06.2003, Ostthüringer Zeitung  
Thüringen

# Erbitterter Wahlkampf im Jenaer Studentenrat

## RCDS und Burschenschaften drängen

Jena (dpa). An Thüringens größter Universität ist ein erbitterter Wahlkampf um die Plätze im Studentenrat ausgebrochen.

Erstmals wird der überwiegend von den Jungsozialisten dominierte Studentenrat (StuRa) massiv von Mitgliedern des CDU-zugehörigen Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) und zahlreicher Burschenschaften herausgefordert. Dabei wird mit harten Bandagen gekämpft, einige sprechen sogar von Rufmordkampagnen gegen einzelne Kandidaten. Bei der Stimmabgabe am Mittwoch und Donnerstag sind nun die Studenten gefragt.

Bisher zeichneten sich die Wahlen für die Studentenräte in Thüringen allerdings vor allem durch eines aus: Kaum einer ging wählen. Das könnte sich in Jena ändern. Die Flugblatttexte auf dem Campus hat sich kräftig erhöht. Jungsozialisten und Burschenschaftler tragen ihre Dispute auch mal per Megafon aus. Inwieweit die Polarisierung zu hoher Wahlbeteiligung beitragen

wird, ist unklar. 2007 hatten nur 13,9 Prozent der etwa 20 000 Studenten ihre Stimme bei der StuRa-Wahl abgegeben. Eine geringe Wahlbeteiligung könnte vor allem dem RCDS und den Burschenschaftlern nützen, da sie ihre Anhänger gut mobilisieren können, meint die Vorsitzende des Wahlvorstandes, Frances Karlen. In Erfurt lag die Wahlbeteiligung bei 16,5 Prozent, in Ilmenau bei 16,4 Prozent.

Allerdings beäugten viele Studenten diese Gruppen kritisch und könnten sich daher – vielleicht zum ersten Mal – zu einer Wahl aufrufen. Als Entscheidungshilfe wurde durchgesetzt, dass die Zugehörigkeit der Kandidaten zu Burschenschaften, die größtenteils als ultrakonservativ gelten, auf den Wahlzetteln vermerkt wird.

Die Positionen der Bewerber stehen sich unversöhnlich gegenüber, zum Beispiel bei Stundengebühren. „Es wird schwer, zwischen den Parteien eine effektive Zusammenarbeit zustande zu bringen“, sagt Karlen.

Ostthüringer Zeitung (OTZ), 01.07.08, Thüringen

## Nur Wahlgewinner beim Jenaer Studentenrat

### Wie Hochschulgruppen Politik machen

Jena (OTZ/tz). Die Jusos haben die Wahl zum Studentenrat an der Jenaer Friedrich-Schiller-Universität zwar gewonnen, aber ihren großen Vorsprung eingebüßt. Den größten Zuwachs verzeichnet der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), der künftig statt einen Studenten sechs Mitglieder des Gremiums stellt.

Ein harter Wahlkampf war vorausgegangen. Die SPD-Jugendorganisation Jusos versuchte dabei, den CDU-nahen RCDS in die rechte Ecke zu stellen. „Es ist beruhigend und erfreulich zugleich, dass sich viele Wähler nicht vom Diffamierungswahlkampf haben blenden lassen“, sagte der Jenaer RCDS-Vorsitzende Alexander Dorst.

Die Freude trübte offenbar den Blick auf die Zahlen: Der RCDS erklärte sich kurzerhand zum Sieger der Wahl, obwohl die Jusos drei Sitze mehr im Studentenrat erhalten.

„Es scheint so, als ob diesen Herren nichts anderes übrig bleibt, als die Realität schön zu reden, damit man sich nicht eingestehen muss, verloren zu haben“, sagte Philipp Garatin, Sprecher der Juso-Hochschulgruppe. Ihn grämt, dass es RCDS-Mitglieder überhaupt in den Studentenrat geschafft haben. Das

verdanke der RCDS „einer hinterhältigen Taktik“. Drei Plätze seien über getarnte Kandidaten, die ihre Mitgliedschaft nicht zugegeben hätten, erlangt worden. „Die anderen drei Plätze konnten nur wegen des

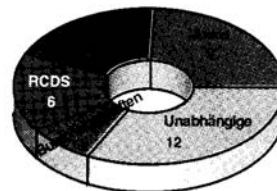
Haare-Niemeyer-Systems in den großen Fakultäten erreicht werden.“ Dieses Auszählungssystem bevorteile schwache Parteien und Einzelkandidaten – auch ein Seitenhieb auf die zwölf unabhängigen Kandidaten, die im Gremium im Grunde die größte Gruppe stellen.

Bislang hatten die Jusos zusammen mit dem links angesiedelten „Stura-a-aktiv“ eine deutliche Mehrheit im Gremium, die nun zusammenschumpft. Streit gibt es unter anderem um ein Campus-Thüringen-Ticket. Der RCDS möchte den Geltungsbereich des Bahntickets gern auf den ganzen Freistaat ausweiten, was aber den Semesterbeitrag für jeden Studenten erhöht.

Zur Wahl hatten sich so viele Studierende wie noch nie gestellt: Auf 37 zu vergebende Sitze kamen 112 Kandidaten. Die Wahlbeteiligung stieg nach einem Abwärtstrend der vergangenen Jahre. Mit 17 Prozent erreichte sie wieder das Niveau von 2001. Heißt: Mehr als 16 000 Studenten haben gar nicht erst gewählt.

Stura-Wahlen 2008

Sitzverteilung



Grafik: OTZ

# Fragen zu Althaus-Rede

## Referat an Universität Jena Thema im Landtag – Müller: Keine Parteiveranstaltung

Erfurt (OTZ/pa). Dürfen politische Organisationen eine Hochschul-Vorlesung inhaltlich beeinflussen? Gilt an der Jenaer Uni noch, dass politischen Parteien keine Räume zur Verfügung gestellt werden?

Solches wollte die Landtags-abgeordnete Susanne Hennig (PDS/Linke) gestern von der Regierung wissen. Der Anlass:

Ministerpräsident Dieter Althaus (CDU) hatte am 21. Mai an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität vor Studenten über seine Idee des Bürgergeldes gesprochen, der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) moderierte.

Hennigs Fragen stellen sich gar nicht, antwortete Kultus-

minister Bernward Müller (CDU) im Parlament. Althaus sei von Prof. Dr. Christoph Ohler eingeladen gewesen und habe als Ministerpräsident zu dessen Thema „Menschenwürde“ gesprochen. Das Bürgergeld habe einen deutlichen Bezug zur Vorlesung gehabt. Daher sei das mitnichten eine Partei-, sondern eine Veran-

staltung der Universität gewesen, erklärte der Minister.

„Wenn ich mich von einem Professor einladen lasse, was unternehmen Sie dann?“, fragte Hennigs Fraktionskollege Frank Kuschel. Wenn Kuschel Ministerpräsident wäre, hätte er nichts dagegen, so Müller. Aber dann würde er wohl nicht nach seiner Meinung gefragt.

OTZ 105 Thüringer Zeitung 10.7.08

722 30.06.08

# Von der Lücke zum Boykott

## Verwaltungsgebühren oder nicht: Wie Politik, Studenten und Hochschulen mit einem Urteil umgehen

Studenten, die ihrer Hochschule das Geld verweigern, dürfen nicht exmatrikuliert werden: Dieses Urteil ist für die Studentenräte die Basis, ihren Boykott fortzuführen. Das Kultusministerium prüft eine Gesetzesänderung.

Von Franziska NÖSSIG

THÜRINGEN:

Es ist nur eine kleine Lücke, aber sie ist entscheidend. Zwar steht im Hochschulgesetz, dass ein Student 50 Euro pro Semes-

ter an die Verwaltung zahlen muss. Doch was passiert, wenn der Student das nicht tut, das steht dort nicht. Deshalb gab das Verwaltungsgericht Weimar einem Ilmenauer Studenten recht, der gegen seine Exmatrikulation wegen fehlender Zahlungswilligkeit geklagt hatte.

Und so ist es keine Überraschung, dass der Studierendenrat in Ilmenau, zu dem der Kläger gehört, seinen Gebührenboykott fortsetzt. Man werde erst damit aufhören, wenn die Gebühr wieder abgeschafft sei, sagt Hochschulreferent Sascha

Godowa. Besonders empörend findet er, dass die Hälfte des Geldes an das Land gehe. Das sei ein Einstieg in richtige Studiengebühren wie in mehreren Westländern – auch wenn das im Anschluss Widerspruch einzufließen wird.

Godowa fordert aber seine Kommilitonen auf, den Beitrag wie im letzten Jahr auf ein Treuhandkonto zu überweisen. Damit ist das Geld bezahlt, auch wenn es dann nicht wie der Semesterbeitrag direkt bei der Uni landet. Auf die gleiche Weise protestiert die Studentenschaft der Fachhochschule Erfurt.

Doch nicht alle denken so. Deutlich gegen den Boykott sprechen sich etwa die Studenten der Erfurter Universität aus. Sie haben sich entschlossen, den Beitrag zu zahlen und im Anschluss Widerspruch einzulegen. Wird die Gebühr dann als rechtswidrig eingestuft, bekommen sie ihr Geld zurück.

Und ebenfalls wie im letzten Jahr halten auch die Parteien bei diesem Thema nicht still. Nach Meinung der Studentenorganisation RCDS, die der CDU nahe steht, schaden sich die Studierenden durch den

Boykott nur selbst. Für die Landtagsfraktion der Linken ist er dagegen ein demokratisch legitimes Mittel, sich gegen die Regierungspolitik zu wehren.

Das Land prüft jetzt, wie die Lücke im Gesetz zu schließen ist. Denn von der Gebühr abtreten will das Kultusministerium nicht, die Situation sei eindeutig. „Wer nicht zahlt, ist nicht vollständig zurückgemeldet und handelt gesetzeswidrig“, sagt Sprecher Detlef Baer.

Das mag stimmen. Aber dank der ministeriellen Pannepas- siert Sündern erst einmal nichts.

# Finanz-Spritzen für Ärzte-Nachwuchs

Thüringen-Stipendium soll sich an Sachsen orientieren

■ Von Hartmut Kaczmarek

**Erfurt.** (tlz) Junge Mediziner sollen mit Finanzspritzen des Landes in Thüringen gehalten werden. Die anhaltende und sich verstärkende Abwanderung von Ärzten, die in Thüringen ausgebildet worden sind, kann sich der Freistaat auf Dauer nicht mehr leisten. „Das Land investiert Jahr für Jahr mehr als 30 Millionen Euro Steuergelder für die Medizinerausbildung in Jena. An Bewerbern ist kein Mangel, doch leider bleiben zu wenig Absolventen hier, praktizie-

ren stattdessen in Schweden oder Großbritannien“, umreißt der Landeschef der Techniker-Krankenkasse (TK), Guido Dressel, die aktuelle Situation.

Dressel favorisiert ebenso wie beispielsweise der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) die Idee eines Thüringen-Stipendiums. Im benachbarten Sachsen wird Ähnliches bereits in die Tat umgesetzt. Studenten erhalten dort monatlich bis zu 600 Euro, wenn sie sich verpflichten, nach erfolgreicher Weiterbildung zum Facharzt

für Allgemeinmedizin mindestens vier Jahre in unterversorgten Gebieten Sachsens als Hausarzt zu praktizieren. Initiativen dieser Art gibt es aber nicht nur auf Landes-, sondern auch auf lokaler Ebene. So will der Wirtschaftsrat des Landkreises Mansfeld-Südharz in Sachsen-Anhalt ebenfalls mit Stipendium, individueller Betreuung und besonderen Vergünstigungen Medizinstudenten an die Region binden. Über Strategien gegen den Ärztemangel diskutiert die TK heute in Weimar.

**Landesspiegel**